

# Antrag

an die ordentliche Landesversammlung am 22./23.10.2011 in Bad Windsheim  
Antragsschluss: 23. September, 12.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle

**AntragstellerIn:** Landesvorstand, Parteirat

**Gegenstand:** Demografischer Wandel: Entschleunigen und Anpassen

## Antragstext:

1 Die Bevölkerung in Bayern wächst. Bis 2028 wird die Zahl der EinwohnerInnen nach einer  
2 Prognose des Landesamts für Statistik um 120.000 zunehmen. Das klingt zunächst  
3 unspektakulär. Doch unterhalb der Landesebene gibt es sehr differenzierte Befunde: auf der  
4 Ebene der Bezirke kann alleine Oberbayern mit einem nennenswerten Wachstum aufwarten.  
5 Während die EinwohnerInnenzahl in Mittelfranken, Schwaben und Niederbayern zunächst  
6 weitgehend konstant bleibt, wird die Anzahl der Menschen, die in Ober- und Unterfranken sowie  
7 in der Oberpfalz leben, kleiner. Noch deutlicher klafft die Entwicklung auseinander, wenn die  
8 Ebene der Kreise und Gemeinden betrachtet wird. Während der Landkreis München in den  
9 nächsten zwei Jahrzehnten um über 10% wachsen soll, geht im Landkreis Wunsiedel in  
10 Bevölkerung im gleichen Zeitraum um über 20% zurück. Bei einzelnen Gemeinden reicht bis  
11 Spanne von plus 25% bis minus 25%. Dabei gilt es, zwei weitere Trends zu beachten: auch  
12 innerhalb schrumpfender Regionen sind die Städte nicht so stark vom Bevölkerungsrückgang  
13 betroffen wie die kleinen Gemeinden; außerdem sinkt nicht nur regional die Zahl der  
14 EinwohnerInnen, auch der Altersdurchschnitt steigt und zwar fast überall.

15 Diese Entwicklung verursacht ein doppeltes Problem. Einige Regionen Bayerns leiden unter  
16 sinkenden Einwohnerzahlen, einer älter werdenden Bevölkerung, der Abwanderung von  
17 Unternehmen und sinkenden Steuereinnahmen. Es drohen Schulschließungen, Arbeitsplätze  
18 fallen weg, die Infrastruktur kann oft nur mühsam aufrecht erhalten werden und die Attraktivität  
19 für junge Familien sinkt. Es droht ein Teufelskreis. Andere Regionen wiederum tun sich schwer,  
20 das Wachstum zu bewältigen. Es fehlen Krippen, Kitas und Horte, die Schulklassen sind zu  
21 groß, der Verkehr ist kaum zu bewältigen, Wohnraum ist knapp und teuer. Es drohen soziale  
22 Verwerfungen.

## 23 In die Zukunft investieren – nicht in Beton

24 Die Wissenschaft ist sich einig: diese Entwicklung ist nicht rückhol- oder umkehrbar. Deshalb  
25 sollten die VertreterInnen aller politischen Parteien so ehrlich sein, das einzuräumen. Denn ein

26 Problem ist der Bevölkerungsrückgang vor allem dann, wenn man ihn ignoriert. Wir Grüne  
27 fordern deshalb eine offene und ehrliche Diskussion über den demografischen Wandel, über die  
28 nötigen neuen Weichenstellungen und vor allem auch über die Chancen für Bayern, die sich  
29 daraus ergeben. Wir Grüne plädieren für eine Strategie der Entschleunigung und Anpassung.  
30 Das bedeutet, die Geschwindigkeit des demografischen Wandels zu bremsen, um den  
31 Regionen und Kommunen genügend Zeit zu geben, sich den veränderten Verhältnissen  
32 anzupassen. Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie ist es, in allen Regionen Bayerns eine  
33 hohe Lebensqualität sicherzustellen. Wird dieses Ziel vernachlässigt, beschleunigt sich die  
34 Abwanderung aus ländlichen Regionen in die Städte.

35 Es ist die Aufgabe des Staates, die Daseinsvorsorge zu garantieren. Dabei ist klar: keine  
36 Kommune und keine Region wird mit ihren Problemen alleine gelassen. Sieben große zu  
37 fördernde Leistungszentren, wie vom Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung  
38 vorgeschlagen, reichen nicht aus.

39 Unser Augenmerk liegt dabei vor allem auf zukunftsfähigen Maßnahmen und auf der Sicherung  
40 der Lebensqualität. Wir geben neuen Datenautobahnen den Vorzug vor neuen Schnellstraßen,  
41 gute Bildungseinrichtungen sind uns wichtiger als neue Gewerbegebiete.

#### 42 **Kirchturmpolitik muss aufhören**

43 Grundsätzlich sollen Kommunen ihre Aufgaben in eigener Verantwortung lösen. Dies gilt auch  
44 im Hinblick auf die Folgen des demografischen Wandels. Dabei gilt auch für die Kommunen,  
45 was für Bayern insgesamt gilt: an einer ehrlichen Bestandsaufnahme führt kein Weg vorbei.  
46 Nicht selten haben Kommunen an den Bedürfnissen ihrer EinwohnerInnen – und an den  
47 Möglichkeiten der Gemeindekasse – vorbei geplant; so manches Stadt- und  
48 Gemeindeoberhaupt hat sich so ein „Denkmal“ geschaffen, an dessen finanziellen Folgen der  
49 Ort schwer zu tragen hat. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind größere  
50 Vorhaben noch gründlicher darauf zu prüfen, ob sie wirklich in Zukunft nötig sind und von der  
51 Bevölkerung gewünscht werden. Wir fordern deshalb, bei den Zukunftsplanungen die  
52 BürgerInnen stärker mit einzubeziehen, damit sie unmittelbar die Zukunft ihres Ortes  
53 mitbestimmen können und somit grundlegende Entscheidungen auf eine breitere Basis gestellt  
54 werden. Dabei darf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht vergessen werden.  
55 Jugend braucht Platz und Gehör – gerade weil sie in Zukunft eine immer kleinere Gruppe  
56 werden. Die Forderung „Wahlrecht ab 16 Jahren“ ist für uns dabei der erste Schritt für eine  
57 bessere Teilhabe von jungen Menschen. Eine breite Einbindung fördert die Bereitschaft für  
58 bürgerschaftliches Engagement, das ein unverzichtbares Element zur Bewältigung der Folgen  
59 des demografischen Wandels ist. Viele Beispiele von Nachbarschaftshilfe über die Einrichtung  
60 von Dorfläden bis hin zum Betrieb eines Bürgerbusses zeigen, dass eine Reihe von Angeboten  
61 auch auf diesem Weg aufrecht erhalten werden kann.

62 Viel stärker als bislang sind die Kommunen gefordert, den regionalen Ausgleich zu suchen:  
63 Nicht jede Gemeinde braucht ein Hallenbad, oder ein neues Gewerbegebiet. In Regionen mit  
64 schrumpfender Bevölkerung ist es durchaus sinnvoll, wenn eine Gemeinde ein Hallenbad  
65 vorhält, während auf dem Gebiet der anderen ein neues Gewerbegebiet entsteht. Für die  
66 daraus resultierenden Ausgaben und Einnahmen muss selbstverständlich ein fairer Ausgleich  
67 gefunden werden. Kirchturmsdenken können wir uns in Zeiten des demografischen Wandels  
68 erst recht nicht mehr leisten. Durch Entwicklungsziele der Planungsregionen sollen jeweilige  
69 Standards definiert werden, die eine Grundlage für Strukturförderungen geben. Dies soll in  
70 Planungsbeiräten mit kommunaler Beteiligung erfolgen.

71 Aber die nötigen Weichenstellungen können nicht von den Kommunen alleine geleistet werden.  
72 Der Freistaat Bayern ist hier ebenfalls gefragt; vor allem dann, wenn es um das Setzen  
73 rechtlicher Rahmenbedingungen und um größere Investitionen geht. Hier ist das Land in der

74 Pflicht und darf sich nicht aus seiner politischen Verantwortung stellen. Ferner kann und muss  
75 der Freistaat Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, indem er kommunale Initiativen und Modellprojekte  
76 aufzeigt und so als Impulsgeber zur Gestaltung des demografischen Wandels agiert. Wir  
77 bayerischen Grünen fordern auf allen politischen Ebenen eine offene und ehrliche politische  
78 Debatte über die Konsequenzen, die aus der Veränderung in der Bevölkerungsstruktur zu  
79 ziehen sind.

## 80 **Den Wandel gestalten statt ihn ignorieren**

81 Um den demografischen Wandel in Bayern zu gestalten, schlagen die bayerischen Grünen  
82 neun konkrete Projekte vor.

### 83 **1. Datenautobahn statt neuer Straßen**

84 Der schnelle Zugang zum Datennetz wird immer mehr zu einem wichtigen Pfeiler der  
85 Daseinsvorsorge, zur Voraussetzung für die Teilhabe am politischen und sozialen Leben, zum  
86 unverzichtbaren Instrument für viele Gewerbetreibende. Während in den Ballungsräumen der  
87 schnelle Zugang überall gewährleistet ist, gilt dies für die ländlichen Regionen nur  
88 eingeschränkt. In über 100 Gemeinden in Bayern existiert ein solcher Zugang noch gar nicht, in  
89 vielen anderen ist er mit einer Datenübertragungsrate von 1-2 Mbit/Sekunde möglich.  
90 Angesichts der steigenden Datenmengen ist bereits heute absehbar, dass diese Kapazität in  
91 einigen Jahren nicht mehr ausreicht. Wer es ernst meint mit gleichwertigen Lebensverhältnissen  
92 in ganz Bayern und mit der Zukunftsfähigkeit des Landes, kommt um den flächendeckenden  
93 Ausbau eines leistungsfähigen und schnellen Datennetzes nicht herum. Das Ziel muss sein,  
94 innerhalb der nächsten zehn Jahre flächendeckend eine Datenübertragungsrate von 50-100  
95 Mbit/Sekunde zu garantieren. Nur dadurch ist sichergestellt, dass die ländlichen Regionen den  
96 Anschluss halten können und als Wohn- und Arbeitsort attraktiv bleiben. Denn angefangen von  
97 medizinischen Dienstleistungen wie der Kontrolle des Herzschrittmachers über die  
98 gemeinschaftliche Bestellung von Lebensmitteln durch Menschen in Orten ohne eigenes  
99 Geschäft, vom Heimarbeitsplatz über die Online-Schule, vom virtuellen Behördengang bis zum  
100 Zugang zu Unterhaltungs- und Informationsangeboten – das Internet wird mehr und mehr zur  
101 Schlagader des öffentlichen, privaten und gewerblichen Lebens.

102 Ein solcher Ausbau ist natürlich mit erheblichen Kosten verbunden, die zum kleineren Teil auch  
103 den bayerischen Landeshaushalt belasten würden, denn der Ausbau eines schnellen Netzes  
104 wird nicht überall durch die Nutzungsgebühren zu finanzieren sein. In diesem Fall müsste der  
105 Freistaat mit Zuschüssen einspringen. Auch der Bund muss hier in die Pflicht genommen  
106 werden, denn die Aufgabe des Netzausbaus stellt sich in allen Bundesländern. Dennoch bleibt  
107 voraussichtlich – verteilt auf einen Zeitraum von etwa zehn Jahren – eine große Belastung für  
108 den bayerischen Haushalt zu schultern. Angesichts der schwierigen Lage für die öffentlichen  
109 Haushalte ist das ein großer Brocken. Wir bayerischen Grünen plädieren aber dennoch für ein  
110 flächendeckendes schnelles Datennetz, denn wenn wir darauf verzichten, wird der ländliche  
111 Raum nachhaltig abgehängt: Datenautobahnen sind für die Zukunft des Landes wesentlich  
112 wichtiger als ein weiterer Ausbau des Straßennetzes.

### 113 **2. Unser Ziel: nachhaltige Mobilität für alle**

114 Der demografische Wandel stellt Bayern in Sachen Mobilität vor ein doppeltes Problem:  
115 während in den Ballungsräumen der öffentliche Nahverkehr in Stoßzeiten an der  
116 Kapazitätsgrenze arbeitet und der motorisierte Individualverkehr kaum mehr zu bewältigen ist,  
117 wird es in manchen ländlichen Regionen schwieriger, ein leistungsfähiges ÖPNV-Netz aufrecht  
118 zu erhalten oder gar auszubauen, da die Fahrgastzahlen dort perspektivisch zurück gehen.

119 Nach den bisherigen Planungen der Staatsregierung soll das ohnehin schon sehr dichte  
120 Straßennetz in Bayern weiter ausgebaut werden. Niemand kann sagen, wie das finanziert  
121 werden soll; und angesichts der bereits heute bestehenden finanziellen Probleme beim  
122 Unterhalt der Straßen lässt sich erahnen, dass Schlaglöcher auf den Straßen und Langsam-  
123 Fahrstellen auf der Schiene künftig zur Regel werden, wenn es bei der Verkehrsplanung keinen  
124 grundlegenden Richtungswechsel gibt.

125 Neben der demografischen und der finanziellen stehen wir in der Mobilitätspolitik auch vor einer  
126 ökologischen Herausforderung. PKW- und LKW-Motoren sind eine der größten Quellen für  
127 CO<sub>2</sub>, das maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich ist. Deshalb plädieren wir Grüne für  
128 ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Wir wollen uns an vier Grundsätzen orientieren: Unnötigen  
129 Verkehr durch wohnortnahe Versorgung und Arbeit vermeiden, Mobilität für alle sicherstellen,  
130 ökologisch verträglichen Verkehr fördern, knappe finanzielle Mittel effizient einsetzen.

131 Für die Ballungszentren sind umweltfreundliche Verkehrsträger wie Busse und Bahnen, der  
132 Rad- und Fußverkehr sehr gute Alternativen, da viele Wege kurz sind und z.B. auch mit dem  
133 Rad oder dem E-Bike zurückgelegt werden können; außerdem leben viele Menschen auf einem  
134 engen Raum, was den Betrieb von Bussen und Bahnen wirtschaftlich macht. Diese  
135 umweltfreundlichen Alternativen zum Auto wollen wir in den städtischen Zentren massiv fördern,  
136 um Mobilität für alle sicherzustellen und den Ausstoß an Schadstoffen deutlich zu senken.

137 In den ländlichen Regionen gibt es andere Voraussetzungen: die Wege sind in der Regel  
138 deutlich länger – mit dem Rad fahren oder zur Fuß gehen fällt hier als Alternative häufig weg -  
139 und die Bevölkerungsdichte ist viel geringer, die Menschen sind älter und weniger mobil. Dies  
140 macht den Betrieb des ÖPNV aufwändiger. Deshalb hat das Auto als Mittel der Mobilität dort  
141 einen höheren Stellenwert als in den städtischen Verdichtungsräumen. Mitfahrzentralen und  
142 Car-Sharing-Modelle, auch in privater Hand, können jedoch die Notwendigkeit eines eigenen  
143 PKWs reduzieren.

144 Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten und um die Mobilität im postfossilen Zeitalter  
145 sicherzustellen, ist deshalb die Entwicklung von umweltfreundlichen Alternativen zum  
146 Verbrennungsmotor entscheidend. Denn während in den städtischen Bereichen Alternativen  
147 zum Auto existieren, wird dies in ländlichen Regionen auch künftig nur im begrenzten Umfang  
148 der Fall sein. Wir Grüne sind der Ansicht, dass das existierende Straßennetz grundsätzlich  
149 ausreicht, um die künftige Mobilität sicherzustellen. Neue Straßen werden wir deshalb sehr  
150 genau darauf prüfen, ob sie auch in 10-20 Jahren noch gebraucht werden. Bei vielen der  
151 aktuellen Bauvorhaben ist das voraussichtlich nicht der Fall. Unser Augenmerk gilt deshalb  
152 verstärkt der Instandhaltung der bestehenden Infrastruktur und weniger deren Erweiterung.

153 Wir müssen in Betracht ziehen, dass auch in schrumpfenden Regionen der Anteil der  
154 Menschen, die nicht (oder aus Altersgründen nicht mehr) über ein Auto verfügen, eher steigen  
155 wird. Da gleichzeitig der klassische Linienverkehr aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahl  
156 immer öfter nicht auf wirtschaftlich sinnvolle Weise aufrecht erhalten werden kann, sind neue  
157 Formen des ÖPNV gefragt, um die Möglichkeit der Mobilität auch in ländlichen Regionen zu  
158 garantieren. Neben bereits bestehenden Konzepten wie dem Anrufsammeltaxi wollen wir  
159 verstärkt auf neue Formen wie den „bedarfsgesteuerten Flächenbetrieb“ setzen. Hier wird die  
160 Fahrplan- und Linienbindung komplett aufgegeben, Kleinbusse verkehren entsprechend des  
161 Bedarfs der Fahrgäste. Mit technischer Unterstützung, durch GPS, Datenfunk und  
162 computergestützter Tourenplanung, wird sichergestellt, dass die Fahrten gebündelt werden. Um  
163 die Landratsämter als Aufgabenträger des ÖPNV bei der Einführung neuer und innovativer  
164 Konzepte zu unterstützen, fordern wir die bayerische Staatsregierung auf, in Zusammenarbeit  
165 mit den kommunalen Spitzenverbänden entsprechende Informationsangebote und logistische  
166 Hilfe bereit zu stellen.

167 Mobilität muss bezahlbar sein. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene, die auf den ÖPNV  
168 angewiesen sind und noch kein eigenes Einkommen haben, müssen Fahrscheine zu erheblich  
169 vergünstigten Preisen erhalten können.

### 170 **3. Wasser und Abwasser**

171 Gemeinden und Städte, die mit einer sinkenden Einwohnerzahl konfrontiert sind, verfügen zum  
172 Teil über eine Infrastruktur, die bereits jetzt überdimensioniert ist oder es in einigen Jahren sein  
173 wird. Das betrifft vor allem die Wasserversorgung und die Kanalisation. Durch die geringe  
174 Auslastung können ernsthafte hygienische Probleme entstehen, was einen teuren Rückbau des  
175 Leitungsnetzes erfordert. Die Gemeinden können eine solche Investition in der Regel nicht  
176 alleine schultern, auch die Wasser- und Abwasserbetriebe können die Kosten nicht komplett auf  
177 die Kunden umlegen, da in solchen Fällen die Fixkosten auf weniger EinwohnerInnen verteilt  
178 werden müssen und die Gebühren entsprechend hoch sind. Deshalb regen wir an, ein  
179 staatliches Förderprogramm aufzulegen, mit dem betroffene Kommunen beim Rückbau der  
180 Wasserversorgung und der Kanalisation unterstützt werden.

### 181 **4. Für die Fachkräfte von morgen sorgen**

182 Bereits heute klagen Unternehmen mancher Branchen über einen Mangel an Fachkräften.  
183 Durch den demografischen Wandel wird sich das Angebot an Arbeitskräften weiter verknappen.  
184 Das ist zunächst einmal positiv, weil dadurch die Arbeitslosenquote weiter sinken wird. Um  
185 wirtschaftlich weiterhin erfolgreich zu bleiben, können wir es uns nicht länger leisten, Leute  
186 zurück zu lassen.

187 Auch Bevölkerungsgruppen, die es aus unterschiedlichen Gründen schwer auf dem  
188 Arbeitsmarkt hatten, können sich über eine bessere Perspektive freuen und mit  
189 Nachqualifizierungen vielleicht den Anschluss wieder schaffen. Wenn es aber zu einem Mangel  
190 an Fachkräften in größeren Maßstab kommt, droht die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt  
191 Schaden zu nehmen.

192 Grundlage sämtlicher Fachkräftestrategien ist ein guter Bildungsstart für die Kleinsten, ein  
193 Berufsbildungssystem, das alle Jugendlichen zu einem beruflichen Abschluss führt, und ein  
194 offenes Hochschulsystem ohne soziale Schranken.

- 195 • Bessere individuelle Förderung – geringere Abbrecherquote

196 Noch immer verlassen mehr als neun Prozent der SchülerInnen die Schule ohne Abschluss. Da  
197 auf dem Arbeitsmarkt künftig eher noch stärker als bislang qualifizierte Arbeitkräfte gesucht  
198 werden, droht dieser Gruppe in der Arbeitswelt das Abseits. Wir Grüne setzen deshalb darauf,  
199 bereits im Vorschulalter mit einer wesentlich intensiveren individuellen Förderung – die sich  
200 dann an den Schulen fortsetzt – die Fähigkeiten und Talente jedes Einzelnen zu fördern und so  
201 die Abbrecherquote deutlich zu senken. Das schafft für die Einzelnen eine bessere persönliche  
202 Lebensperspektive, spart der öffentlichen Hand später teure Förderprogramme und  
203 Eingliederungsmaßnahmen und wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Wir fordern deshalb  
204 die Stärkung der frühkindlichen Bildung unter anderem durch einen Rechtsanspruch auf einen  
205 ganztägigen und qualitativ hochwertigen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr.

206 Grundsätzlich sind wir Grüne der Überzeugung, dass individuelle Förderung im gegliederten  
207 Schulsystem schnell an Grenzen stößt: Die Kinder werden nach der vierten Klasse in  
208 verschiedene Schubladen sortiert. Durch die rigiden Vorgaben der einzelnen Schularten und die  
209 fehlenden Förderbedingungen besteht in den weiterführenden Schulen keine Möglichkeit, den  
210 SchülerInnen individuelle Lernwege anzubieten. Wir sehen deshalb in der  
211 Gemeinschaftsschule, weil sie die innere Vielfalt ermöglicht, die Schule der individuellen

212 Förderung. Außerdem setzen wir auf die gebundene Ganztagschule, die wir bis zum Jahr 2020  
213 flächendeckend umsetzen wollen.

214 In der beruflichen Bildung wollen wir in den nächsten Monaten im Dialog mit den Akteuren ein  
215 Modell erarbeiten, das

216 1. den Übergang von der Schule in den Beruf bzw. das Studium optimiert und den Jugendlichen  
217 in den sog. "Warteschleifen" eine optimale Perspektive gibt bzw. dazu beiträgt, die hohen  
218 Abbrecherquoten im Studium zu verringern.

219 2. die hohe Fachlichkeit in Zeiten des demografischen Wandels gewährleistet und gleichzeitig  
220 den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Diskussionsgrundlage hierfür ist die  
221 Reform des beruflichen Bildungssystems in Hamburg sowie das grüne Konzept "DualPlus" auf  
222 Bundesebene.

223 • Bessere Kinderbetreuung – mehr Arbeitskräfte

224 Viele gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen, unter ihnen sehr viele Frauen, würden gerne  
225 arbeiten, können dies aber nicht, weil sie für ihre Kinder keinen Krippen- oder Hortplatz finden  
226 oder der Kindergarten nur bis Mittag geöffnet ist. Wir Grüne setzen uns deshalb für einen  
227 beschleunigten Ausbau der Kinderbetreuung ein mit dem Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und  
228 Beruf in Bayern deutlich zu verbessern. Defizite existieren sowohl im ländlichen Raum, wo es  
229 bei den Kinderkrippen und –horten kaum Angebote gibt, als auch in den Städten, wo der stark  
230 wachsenden Nachfrage nach Kinderbetreuung kein adäquates Angebot gegenüber steht.

231 • Ältere ArbeitnehmerInnen fördern

232 Viele ältere Menschen gehen vorzeitig in den Ruhestand, obwohl sie gerne noch länger arbeiten  
233 würden. Damit gehen dem Arbeitsmarkt wertvolle ArbeitnehmerInnen verloren, deren Erfahrung  
234 eigentlich in den Betrieben dringend gebraucht würde. Wir Grüne plädieren deshalb dafür, den  
235 Verbleib älterer ArbeitnehmerInnen gezielt zu fördern und die altersgerechte Gestaltung der  
236 Arbeitsplätze voran zu treiben.

237 • Geschlechtergerechtigkeit - Wahlfreiheit stärken

238 Frauen können bereits seit Jahren die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse vorweisen.  
239 Der daraus resultierende Aufstieg auf der Karriereleiter bleibt jedoch häufig aus. Zwar ist die  
240 Quote der erwerbstätigen Frauen in Bayern relativ hoch; aber sehr häufig sind Frauen in  
241 weniger gut bezahlten Teilzeitjobs tätig. Dies kann sich nun angesichts des drohenden  
242 Fachkräftemangels ändern. Für Frauen bieten sich bessere Aufstiegschancen denn je. Jetzt  
243 geht es darum, Frauen den Weg zu einer gleichberechtigten Teilnahme am Arbeitsleben zu  
244 ebnen und die Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen. Dabei ist das Selbstbestimmungsrecht der  
245 Frauen zu achten, einseitigen Druck lehnen wir ab. Frauen und Männer sollen gleichermaßen  
246 die Wahl haben, wie sie Arbeitsleben und Familienarbeit gestalten. Dazu gehört vor allem die  
247 Chance auf eine gerechte Verteilung des Arbeitsvolumens in Bezug auf Berufs- und Care-  
248 Arbeit, die Abschaffung von steuerlichen Negativanreizen wie dem Ehegattensplitting und der  
249 Steuerklassenkombination drei und fünf sowie der Ausbau der gendersensiblen Berufsberatung.

250 Ein Ausbau der Datennetze schafft darüber hinaus die Voraussetzungen für Homeoffice-  
251 Arbeitsplätze, die immer noch gerade für Frauen attraktiv sind und schafft die Voraussetzung  
252 für die Ansiedlung von Unternehmen. Voraussetzung aber für alle Maßnahmen, die ergriffen  
253 werden, um unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse an den demografischen Wandel  
254 anzupassen, muss sein, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern  
255 berücksichtigt werden und die Beteiligung von Frauen an den Entscheidungsprozessen sicher  
256 gestellt ist.

257 Während junge Frauen perspektivisch über gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt verfügen, sind  
258 viele ältere Frauen in Bayern von Altersarmut bedroht, weil sie zwar viele Jahre erwerbstätig  
259 waren, aber aufgrund der geringen Entlohnung oder einer Teilzeitarbeit keine ausreichenden  
260 Rentenansprüche erworben haben. Wir fordern deshalb die Einführung einer Garantierente,  
261 deren Niveau über dem der Grundsicherung liegt.

- 262 • Integration erleichtern – Zuwanderung von Fachkräften fördern

263 Bayern muss sich öffnen, um für ausländische Fachkräfte attraktiv zu werden. Unser Land steht  
264 in Konkurrenz mit vielen anderen Regionen in der Welt, die um Fachkräfte werben. Um in  
265 diesem Wettbewerb erfolgreich zu sein, brauchen wir einen Mentalitätswandel: es ist kein  
266 Gnadenakt, wenn wir ausländische ArbeitnehmerInnen aufnehmen, sondern eine Maßnahme,  
267 von der beide Seiten profitieren. Weltoffenheit statt Abschottung lautet die Devise.

268 Viele MigrantInnen, die in Bayern leben, verfügen bereits über einen qualifizierten  
269 Berufsabschluss oder einen Hochschulabschluss. Sie haben allerdings sehr wenig davon, weil  
270 ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden. Diese Praxis muss geändert werden; in den Fällen, in  
271 denen es gewichtige Gründe gibt, die anderswo erworbenen Abschlüsse nicht anzuerkennen,  
272 sollten entsprechende Maßnahmen zur Nachqualifizierung angeboten werden. Außerdem  
273 wollen wir die bayerischen Hochschulen für ausländische Studierende öffnen und sie nach  
274 ihrem Studium dafür gewinnen, in Bayern zu bleiben. Das wird allerdings nur dann gelingen,  
275 wenn sie sich wirklich willkommen fühlen und nicht als Zielscheibe bürokratischer Schikanen.

## 276 **5. Die Schule im Dorf lassen, Qualität an allen Hochschulen sichern**

277 Die Nähe und die Qualität von Bildungseinrichtungen sind ein entscheidender Standortfaktor.  
278 Wenn die Schule im Ort schließt, wird die Gemeinde unattraktiv für junge Familien. Wenn die  
279 Qualität der Lehre und Forschung an der regionalen Hochschule zu wünschen übrig lässt,  
280 werden sich Unternehmen an anderen Orten nach Fachkräften umschaun. Deshalb wollen wir  
281 trotz sinkender Schülerzahlen die Schulen im Dorf lassen und die Qualität aller Hochschulen im  
282 Land sichern.

- 283 • Regionale und lokale Bildungsentwicklung

284 Für den ländlichen Raum gilt: aus dem demographische Wandel und dem sich verändernden  
285 Übertrittsverhalten resultiert eine Gefährdung von Schulstandorten auf dem Land. Die  
286 Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen auf die Schullandschaft müssen aktiv  
287 gestaltet werden. Wir wollen Schulreformen Schritt für Schritt mit den Beteiligten vor Ort  
288 realisieren. Mit klaren Zielen, mit Zeit und mit den notwendigen finanziellen Mitteln. Um das  
289 starre Schulsystem zu überwinden und flexible und intelligente Lösungen zu ermöglichen,  
290 wollen wir per Gesetz ein neues Schulmodell ermöglichen. Wo vor Ort gewünscht, sollen  
291 Gemeinschaftsschulen bis Klasse zehn entstehen, die alle Abschlüsse anbieten und den  
292 Übertritt in bestehende weiterführende Schulen ermöglichen, den Anschluss zur gymnasialen  
293 Oberstufe, wie auch zur Berufsausbildung gewährleisten. In der Gemeinschaftsschule werden  
294 die SchülerInnen nach Klasse vier nicht mehr getrennt, sondern sie lernen gemeinsam und  
295 werden zugleich individuell gefördert.

- 296 • Alle Hochschulen nach vorne bringen

297 Eine große Gefahr sehen wir Grüne in der drohenden Kluft zwischen den großen exzellenten  
298 Universitäten in den Metropolen und den kleineren in den Regionen. Eine seriöse  
299 Hochschulentwicklungsplanung setzt auf den Ausbau der bestehenden Hochschulstandorte und  
300 verwirklicht v.a. folgende Ziele: Möglichst viele Studierende erfolgreich zum Abschluss zu  
301 führen, hervorragende Qualität in Forschung und Lehre erbringen, ein attraktiver Arbeitsplatz für  
302 engagierte internationale Spitzenkräfte sein und eine effiziente Organisationskultur entwickeln.

303 Wir wissen, eine Ausdifferenzierung des Hochschulsystems findet längst statt. Wir wollen die  
304 Profilbildung als Chance nutzen, um auch in Aufgabenbereichen wie der Lehre, der  
305 Weiterbildung oder der regionalen Kooperation Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Profile  
306 und Leitbilder wie Nachhaltigkeit oder Diversity müssen dabei echte Qualitätsmerkmale sein,  
307 und nicht bloß Image und Etiketten. Zentrale Frage ist und bleibt auch im  
308 Differenzierungsprozess die Finanzierung der Hochschulen. Wenn wie in den letzten Jahren  
309 Drittmittel für Forschung zunehmend die Grundmittel kompensieren, hat die Lehre systematisch  
310 das Nachsehen.

## 311 **6. Regionale Wirtschaft stärken**

312 Durch regionales und dezentrales Wirtschaften bleibt die Wertschöpfung in der Region und  
313 sichert nachhaltig Arbeitsplätze und Lebensqualität. Je häufiger ein Euro innerhalb der Region  
314 die Hand wechselt, desto mehr Wertschöpfung, qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und  
315 regionale Entwicklungsperspektiven werden geschaffen. Regionales Wirtschaften ist die  
316 Verknüpfung von regionalen Wertschöpfungsketten. Diese regionalen Wirtschaftskreisläufe und  
317 Märkte stellen eine nachhaltige und notwendige Ergänzung der globalen Wirtschaftskreisläufe  
318 dar. Sie schaffen und sichern Arbeitsplätze in der Region und machen uns unabhängiger  
319 gegenüber globalen Krisen. Weitere positive Effekte sind kürzere Transportwege und die damit  
320 verbundene Ressourcenschonung, aber auch eine gesellschaftliche Annäherung von  
321 Menschen, Unternehmen und weiteren lokalen Akteuren.

322 Zur Stärkung der klein- und mittelständischen Wirtschaft im ländlichen Raum setzen wir auf die  
323 Förderung von Unternehmensgründungen. Auch die Gemeinden und Landkreise sollen neue  
324 Unternehmensgründungen durch Initiativen fördern. Hierzu müssen allerdings das  
325 Beratungsangebot verbessert und bürokratische Hürden im Gesellschaft- und Steuerrecht  
326 abgebaut werden.

327 Ein großes Problem ist die Finanzierung der neuen Unternehmen, obwohl diese oft einen  
328 Finanzbedarf unter 25.000€ haben. Es ist die Aufgabe der öffentlichen Banken, ihre Angebote  
329 im Bereich des Mikrokreditwesens zu erweitern bzw. offensiver und transparenter zu bewerben.

330 Insbesondere in drei Branchen sehen wir ein großes Potenzial für regionale Entwicklung:

- 331 • Dezentrale Energie für Stadt und Land

332 Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Umstieg auf erneuerbare Energien eröffnet neue  
333 Chancen für den ländlichen Raum. Viele Kreise und Gemeinden können die nötige Energie  
334 selbst erzeugen und darüber hinaus Energie für die Ballungsräume bereit stellen. Dadurch  
335 eröffnen sich auch Chancen für die lokale Wirtschaft und damit eine Steuerquelle für die  
336 Kommunen. Durch Windräder, Solarzellen, nachhaltige Nutzung von Biomasse und Geothermie  
337 in Bayern wird nach und nach die Energie erzeugt, der bislang durch Atomkraftwerke oder  
338 fossile Kraftwerke bereitgestellt wurde. Für eine Übergangszeit wird es vor allem noch  
339 Gaskraftwerke geben müssen, die vor allem effizient als KWK-Kraftwerke betrieben werden.  
340 Die Energieerzeugung der Zukunft wird einen starken dezentralen Charakter aufweisen. Nicht  
341 mehr die großen Energie-Oligopole werden dominieren, sondern kleine und mittlere Erzeuger:  
342 Stadt- und Gemeindewerke, Genossenschaften, Landwirte. Dafür müssen natürlich die  
343 Rahmenbedingungen stimmen. Die Staatsregierung ist aufgefordert, die Bestrebungen der  
344 Kommunen durch gut aufbereitete Informationen zu fördern und sie bei ihrer Umsetzung aktiv  
345 zu unterstützen.

- 346 • Zukunftsbranche Tourismus

347 Mit dem Begriff „ländlicher Raum“ werden häufig blühende Landschaften und Erholungsgebiete  
348 verbunden. Diese Chance gilt es, durch den Erhalt von Natur und Landschaft sowie

349 Kooperationen in der Regionalvermarktung, vor allem im Bereich Hotel, Gastronomie und  
350 ökologischer Landwirtschaft zu nutzen. Neben den vielen Vorteilen, wie der steigenden  
351 Kaufkraft in der Region und neuen Arbeitsplätzen, ist darauf zu achten, dass der Tourismus ein  
352 sanfter bleibt und im Einklang mit Natur und Landschaft steht. Der Tourismus in Bayern leidet  
353 vor allem unter einer unzureichenden Vermarktung und der teilweise nicht mehr zeitgemäßen  
354 Ausstattung der Unterkünfte. Nachbarländer wie Österreich sind hier längst weiter.

355 • Zukunftsbranche Öko-Landbau und regionale Vermarktung

356 Nach wie vor ist die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig im ländlichen Raum. Wir  
357 wollen den Umbau der konventionellen Landwirtschaft zu einer ökologischen Landwirtschaft.  
358 Durch die wachsende Sensibilität der Gesellschaft für gesunde, biologisch-produzierte und  
359 gentechnikfreie Nahrungsmittel bestehen hier große Zukunftschancen für den ländlichen Raum.  
360 Zur regionalen und ökologischen Lebensmittelerzeugung gehören auch die verarbeitenden  
361 Handwerksbetriebe, zum Beispiel Bäcker oder Metzger, die wiederum Arbeitsplätze im  
362 ländlichen Raum sichern.

363 Die Zusammenarbeit mit Einzelhandel und Gastwirtschaften bieten hier insbesondere für den  
364 Öko-Landbau große Chancen in der regionalen Vermarktung. Wir wollen solche Kooperationen  
365 stärken und beschleunigen. Eine gezielte kommunale Förderung und ein regionales Marketing  
366 sind hierfür geeignete Instrumente. Eine weitere Möglichkeit um die Kaufkraft an die Region zu  
367 binden, ist die Einführung einer regionalen Währung, wie etwa der CHIEMGAUER. Dadurch  
368 wird die Kaufkraft bei den Teilnehmern, also in der Region, gebunden, regionale Unternehmen  
369 werden gefördert und regionale Wirtschaftskreisläufe stimuliert.

## 370 **7. Gesundheitsförderung, Prävention und medizinische Versorgung sichern**

371 Gesundheit ist unser wichtigstes Gut, sie zu schützen muss die Querschnittsaufgabe der Politik  
372 sein. Gezielte Gesundheitsförderung in den Kommunen bedeutet, dass wir nicht nur durch  
373 entsprechende Bildung eine gesunde Lebensweise erlernen und einüben, sondern auch die  
374 Umweltbedingungen und das soziale Umfeld so gestalten, dass ein unbeschwertes Leben  
375 möglich wird. Daneben bleibt die zentrale Aufgabe, vor der die bayerische Gesundheitspolitik in  
376 den kommenden Jahren steht, die Sicherstellung einer flächendeckenden wohnortnahen,  
377 ärztlichen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung. Dabei stellen nicht nur die  
378 Unterversorgung des ländlichen Raumes, sondern insbesondere das Missverhältnis von  
379 Überversorgung in strukturstarken Regionen und Unterversorgung in Regionen mit schwieriger  
380 sozioökonomischer Grundstruktur eine besondere Herausforderung dar.

381 Außerdem ist eine gezielte Nachwuchsförderung im Bereich der Gesundheitsberufe, die  
382 Vernetzung der unterschiedlichen Versorgungssektoren in Bayern sowie eine zukunftsfähige  
383 Krankenhausbedarfs- und Investitionsplanung jenseits von Bettenzahlen und Trägerstruktur  
384 nötig. Dem Bereich der präventiven Gesundheitsversorgung und Gesundheitsrisikoreduktion  
385 kommt eine wesentliche Bedeutung auf Landesebene und im Zusammenspiel mit kommunaler  
386 Gesundheitspolitik zu. Bereits heute ist ein Fachkräftemangel, beginnend bei Ärztinnen und  
387 Ärzten sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich, massiver noch bei qualifiziertem  
388 Pflegepersonal in der Kranken- und Altenpflege festzustellen. Die Bereitschaft, sich in  
389 strukturschwachen Regionen als LandärztlIn niederzulassen, sinkt.

390 Die Herausforderungen für das Gesundheitswesen haben sich grundlegend gewandelt und  
391 dieser Trend wird sich fortsetzen: Mehrere sich überlagernde Krankheitsbilder,  
392 Demenzerkrankungen und eine stark ansteigende Anzahl von Hochaltrigen verlangen neue  
393 Versorgungskonzepte. Dazu gehören auch gute Wohn- und Pflegeangebote, die den  
394 Angehörigen die Freiheit lassen, mit gutem Gewissen einer Arbeit nachzugehen.

395 Die heute oft getrennten Sektoren Gesundheitsversorgung, Rehabilitation, Pflege,  
396 Gesundheitsförderung und Prävention werden in Zukunft immer stärker ineinander greifen  
397 müssen, Telemedizin und das Zuhause als Gesundheitsstandort werden immer wichtiger. Wir  
398 setzen uns ein für die Neuordnung von ärztlichen und pflegerischen Aufgaben und fordern eine  
399 Reform der Pflegeausbildung, die Verantwortung stärkt und vielfältige Aufgaben und  
400 Einsatzbereiche ermöglicht. Die Finanzierung der Ausbildung in den Pflegeberufen ist durch die  
401 Landespolitik sicher zu stellen. Vernetzung zwischen den Versorgungssektoren und  
402 multiprofessionelle Zusammenarbeit sind Schlüsselkonzepte für eine echte Reform der  
403 Ausgabenseite. Regionale Versorgungsstrukturen müssen rund um die HausärztIn etabliert  
404 werden. Medizinische Versorgungszentren, Ärztenetze und Gesundheitsregionen machen es  
405 vor: innerhalb des Netzes werden eigene Behandlungspfade erstellt, multiprofessionelle  
406 Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Berufsgruppen aus Prävention, Medizin,  
407 Rehabilitation und Pflege wird gemeinsam mit telemedizinischen Lösungen den Kern einer  
408 zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung bilden.

#### 409 **8. Die Nahversorgung nicht in weite Ferne rücken**

410 In Bayern leben derzeit ca. 1,7 Millionen Menschen in Orten, die über kein Lebensmittelgeschäft  
411 verfügen. In den Regionen mit sinkenden Einwohnerzahlen wird sich dieses Problem künftig  
412 noch verschärfen, da es einen Trend zu immer größeren Supermärkten gibt, die sich aber nur  
413 dort lohnen, wo auch genügend Menschen leben. Die Situation ist vor allem für ältere und  
414 kranke Menschen ein Problem, wenn diese nicht über einen PKW verfügen und somit von der  
415 Versorgung abgeschnitten sind. Eine mögliche Alternative sind Dorfläden, die von den  
416 EinwohnerInnen eines Ortes in genossenschaftlicher Form betrieben werden und die Güter des  
417 täglichen Bedarfs decken. Bereits deutlich über 100 Dorfläden gibt es in Bayern, mit steigender  
418 Tendenz. Ihre Entstehung und ihren Betrieb wollen wir unterstützen. Vor allem für größere  
419 Gemeinden bieten sich Versorgungszentren nach dem DORV-Konzept an. DORV steht für  
420 Dienstleistung und ortsnahe Rundumversorgung. Dahinter steht die Idee eines Zentrums, in  
421 dem sowohl Güter des täglichen Bedarfs, aber auch öffentliche und private Dienstleistungen wie  
422 Bankgeschäfte, Post, Verwaltung und medizinische Dienstleistungen angeboten werden.  
423 Gastronomische und kulturelle Angebote ergänzen das Konzept und tragen zur Refinanzierung  
424 bei. Auf diese Weise wird nicht nur der Zugang zu Lebensmitteln und sonstigen Gütern des  
425 täglichen Bedarfs ermöglicht, sondern auch zu wichtigen Dienstleistungen.

426 Doch nicht alle Gemeinden können ein solches Zentrum auf die Beine stellen. Klassische  
427 Dorfläden wiederum können die Lücke in der Nahversorgung nicht vollständig decken. Deshalb  
428 müssen zusätzlich Formen der Nachbarschaftshilfe gefördert werden. Hier können die Kreise  
429 und Gemeinden helfen, indem sie entsprechende Informationssysteme anbieten oder auch  
430 finanzielle Unterstützung in geringem Umfang, z.B. für die Erstattung der Fahrtkosten, leisten.  
431 Mittelfristig wird die Bestellung von Lebensmitteln und anderen Waren über das Internet eine  
432 größere Rolle spielen. Auch hier können Gemeinden und Kreise wertvolle Hilfe leisten, v.a. bei  
433 der Information und Organisation, damit nötige Unterstützung gewährleistet wird.

#### 434 **9. Wohnen muss bezahlbar bleiben**

435 Die meisten Städte werden aufgrund des demografischen Wandels wachsen. In den nächsten  
436 20 Jahren soll die Zahl der Einwohner z.B. in Regensburg um 8.000, in Nürnberg um 15.000  
437 und in München gar um 100.000 steigen. Vor allem im Hinblick auf die Versorgung mit  
438 Wohnraum bringt dieses Wachstum beträchtliche Probleme mit sich; auch der wachsende  
439 Anteil der Single-Haushalte und der allgemeine Trend zu kleineren Haushalten und damit zu  
440 einer steigenden Wohnfläche je Person verschärft diese Entwicklung. In Bayern werden zu  
441 wenige neue Wohnungen gebaut. Dem Bedarf von jährlich 60.000 neuen Wohnungen stehen  
442 nur 30-40.000 tatsächlich gebaute Wohnungen gegenüber.

443 Wenn sich die Preisspirale weiter nach oben dreht, droht die soziale Balance der Städte –  
444 insbesondere in München – zu kippen. Schon heute sind bezahlbare Wohnungen insbesondere  
445 für Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen  
446 Mangelware. Um dies zu ändern, muss zum einen die Zahl der bezahlbaren Wohnungen  
447 deutlich erhöht werden, um den Druck aus dem Markt zu nehmen. Dafür ist sowohl die  
448 Nachverdichtung in den Städten wie auch die Ausweisung von neuem Bauland – auch in den  
449 Umlandgemeinden Münchens - nötig. Die ökologische und soziale Verträglichkeit muss dabei  
450 beachtet und für jeden einzelnen Fall geprüft werden. Wo möglich, ist die Ausweisung von  
451 neuem Bauland mit einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme zu verknüpfen. Damit  
452 BewohnerInnen vor SpekulantInnen besser geschützt werden können, fordern wir zudem die  
453 Bayerische Staatsregierung auf, endlich das Umwandlungsverbot von Miet- in  
454 Eigentumswohnungen nicht mehr zu blockieren.

455 Zum anderen gilt es, die Wohnungsbauförderung in Bayern wieder anzukurbeln und den  
456 Bestand von Wohnungen in genossenschaftlichem Eigentum, die häufig ein  
457 unterdurchschnittliches Preisniveau aufweisen, zu schützen. Ein Drittel der 200.000  
458 Sozialwohnungen, die es in Bayern noch gibt, fallen in den nächsten drei Jahren aus der  
459 sozialen Bindung. Die Kürzung der Wohnungsbauförderung durch die Bayerische  
460 Staatsregierung halten wir deshalb für unverantwortlich und fordern, dass dieser Schritt zurück  
461 genommen wird. Ebenfalls in der Pflicht steht die Staatsregierung beim Verkauf von 34.000  
462 Wohnungen der Bayerischen Landesbank. Hier muss erreicht werden, dass ein möglicher  
463 Käufer eine nachhaltige sozialverträgliche Bewirtschaftung garantiert. Gleiches gilt für den  
464 Bestand an kommunalen Wohnungen in den Ballungsräumen: die Städte sind in der Pflicht,  
465 ihren Wohnungsbestand zu halten oder wenn möglich auszubauen.

466 Der Anteil älterer Menschen wächst. Deshalb muss verstärkt darauf geachtet werden, dass  
467 neue und sanierte Wohnungen barrierefrei sind und so auch körperlich beeinträchtigte  
468 Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

469 Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels kostet viel Geld. Eine seriöse  
470 Abschätzung der Kosten ist derzeit nicht möglich. Klar ist aber, dass es für die betroffenen  
471 Gemeinden und den Freistaat Bayern einen beträchtlichen Finanzierungsaufwand zu schultern  
472 gibt. Die bayerischen Grünen fordern deshalb von der Staatsregierung in Absprache mit den  
473 kommunalen Spitzenverbänden ein Finanzierungspaket zu schnüren, mit dem nötigen  
474 Maßnahmen in den kommenden zwei Jahrzehnten finanziert werden können.